

Datenschutzhinweise

Informationspflichten bei der Erhebung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 Absatz 1 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (Verordnung EU 2016/679, kurz: DS-GVO) durch das Referat 512 der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE).

Wir verarbeiten zur Erfüllung unserer gesetzlichen Pflichten personenbezogene Daten im Rahmen unserer Zuständigkeit, um für Sie die Erlaubnis für den wissenschaftlichen Umgang mit Cannabis nach § 2 Absatz 4 Konsumcannabisgesetz (KCanG) zu erstellen und zu versenden. Dazu gehören Daten, die Sie uns zur Verfügung stellen, wie z.B. Name, Adresse und E-Mail-Adresse. Um Sie über die Datenverarbeitung und Ihre Rechte aufzuklären und unseren Informationspflichten nachzukommen, informieren wir Sie über folgende Umstände:

Kontaktdaten der/des Verantwortlichen:

Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung
Referat 512 Absatzfördermaßnahmen, Wein
Deichmanns Aue 29
53179 Bonn

Kontaktdaten der/des Datenschutzbeauftragten der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE):

Kontakt zur/zum behördlichen Datenschutzbeauftragten der BLE erhalten Sie unter folgender E-Mail-Adresse datenschutz@ble.de bzw. unter folgender Telefonnummer 0228/6845-3340.

Zweck und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten:

Die Daten werden unter Beachtung der datenschutzrechtlich relevanten Bestimmungen der DSGVO und des Bundesdatenschutzgesetzes für die Bearbeitung des Antrages auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 2 Absatz 4 KCanG in Verbindung mit dem Medizinalcannabisgesetz (MedCanG) verarbeitet.

Empfänger/Empfängerin oder Kategorien von Empfängern/Empfängerinnen der personenbezogenen Daten:

Es erhalten nur diejenigen Personen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der gesetzlichen Pflichten brauchen. Eine darüberhinausgehende Datenübermittlung findet nicht statt.

Weitergabe von Daten an Dritte:

Es erfolgt ggf. eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an die zuständigen Ermittlungs- und Polizeibehörden zwecks Prüfung und Einleitung von Ordnungswidrigkeiten- und Strafverfahren.

Speicherdauer:

Die Daten werden entsprechend den gesetzlichen Vorgaben gespeichert. Ihre persönlichen Daten werden nur solange verarbeitet und gespeichert wie es für die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe erforderlich ist. Die konkrete Speicherdauer ist abhängig von dem Zweck der Datenverarbeitung sowie von verschiedenen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten und den gesetzlichen Verjährungsfristen. Ihre personenbezogenen Daten werden maximal für einen Zeitraum von 10 Jahren aufbewahrt.

Es bestehen folgende Betroffenenrechte:

- Auskunftsrecht nach Artikel 15 DSGVO
- Recht auf Berichtigung nach Artikel 16 DSGVO
- Recht auf Löschung nach Artikel 17 DSGVO
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 18 DSGVO
- Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DSGVO
- Widerspruchsrecht nach Artikel 21 DSGVO

Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:

Es besteht ein Beschwerderecht bei der/dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Graurheindorfer Str. 153
53117 Bonn

Verpflichtung zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten:

Damit Ihr Antrag nach § 2 Absatz 4 KCanG bearbeitet und darüber eine Entscheidung getroffen werden kann, ist die antragstellende Person/gesetzliche Vertretung/zur Vertretung berechnigte Person dazu verpflichtet, der zuständigen Stelle (BLE) gegenüber die geforderten Angaben nach § 2 Absatz 4 Satz 3 KCanG i.V.m. § 7 MedCanG zu machen. Werden diese Angaben nicht bereitgestellt, ist die Erteilung einer Erlaubnis nicht möglich.